



Nueva Nicaragua **Informe**

15. Jahrgang

September 2018

Nr. 161

Position beziehen

Wolfgang Herrmann

Auf welche Seite der „tranque“, der Barrikade, stelle ich mich? Ich musste mich entscheiden: Stelle ich mich an die Seite des vom nicaraguanischen Volk demokratisch gewählten Präsidenten, der die sandinistische Regierung anführt und den die Putschisten stürzen wollten? Oder stelle ich mich an die Seite derjenigen, die den Terror anheizten, finanzierten und die den Präsidenten und seine Regierung stürzen wollten?

Ich musste mich entscheiden, ob ich dafür bin, dass dieses originelle sozialistische, christliche und solidarische Modell mit seinem Politischen Pluralismus, seiner Gemischten Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit fortgesetzt wird oder ob eine selbsternannte „Zivile Allianz“, die den „Regime Change“ in Nicaragua will, die kein Programm hat und deren Anführer für den rasanten Abstieg Nicaraguas in den neoliberalen Zeiten von 1990 bis 2006 verantwortlich waren, das Land regiert.

Ich habe mich für die Sache derjenigen entschieden, die dafür sorgten, dass Nicaragua trotz großer Armut zum zweitsichersten Land der Region wurde, dass Nicaragua einzigartig in Lateinamerika ist wegen seiner „Popular-Ökonomie“, die einen Anteil von 64 Prozent am BIP hat und dank der Ortega-Regierung zum Vorteil der kleinen und mittleren Betriebe entstanden ist.

Carlos Fonseca Terán, der Sohn des Gründers der FSLN, Carlos Fonseca Amador sagte: „Was sich in Nicaragua vollzieht, ist Klassenkampf.“ Ich teile diese Position und stelle mich an die Seite der Sandinistischen Revolution.

In dieser Ausgabe kommen neben Präsident Comandante Daniel Ortega zwei Persönlichkeiten zu Wort: Seine Gegnerin, die LINKE-Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses Gaby Gottwald und der nicaraguanische Poet

und sandinistische Aktivist Jeremy Cerna, den ich auf der Veranstaltung der nicaraguanischen Botschaft und Cuba Sí zum 39. Jahrestag des Sieges der Sandinistischen Revolution im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin kennenlernte.

Es gibt keinen Zweifel, welche Position ich beziehe.

Präsident Comandante Daniel Ortega gewährte der Journalistin Julia Muriel Dominzain vom Telekanal *Russia Today* ein Interview

Quelle: La Voz del Sandinismo



Willkommen in einer neuen Interviewausgabe von *RT*. Heute sind es drei Monate her, dass in den internationalen Schlagzeilen solche Begriffe erschienen, wie „Krise“, „Demonstrationen“, „Repression“ und „internationale Einmischung“. Die Begriffe sind verschieden, die benutzt werden. Aber gerade, um zu verstehen, was da passierte, sind wir hier mit einer Hauptperson zusammen, dem Präsident Comandante Daniel Ortega. Vielen Dank dafür, dass Sie uns empfangen und sich mit uns unterhalten.

Vielen Dank an euch.

Das erste, was ich Sie fragen möchte, muss man gerade mit dem Geschehenen sehen... Es gibt zwei Schilderungen oder zwei entgegengesetzte Versionen zu dem, was passierte. Einerseits wird von Unterdrückung gesprochen und andererseits wird angeklagt, dass ein sanfter Putsch stattfand... Die Hauptfrage ist: Wie beschreiben Sie das in der letzten Zeit Geschehene und wie ist die aktuelle Lage?

Zweifellos gibt es zwei Schilderungen. Aber es gibt eine Geschichte und diese Geschichte wurde mit dem Expansionismus der USA geboren. Bereits seit dem vorherigen Jahrhundert versuchen die USA, Besitz von Nicaragua zu ergreifen. Die USA provozierten Kriege in Nicaragua. Und dann begannen sie im vergangenen Jahrhundert mit Truppen der nordamerikanischen Armee Nicaragua zu besetzen. Vom Präsidenten ermächtigte Truppen der nordamerikanischen Armee, ermordeten Sandino und installierten Somoza. Somoza war der Sohn der Yankee-Intervention in Nicaragua. Wir können die interventionistische Kultur der Vereinigten Staaten, die in Washington geboren wurde, nicht entschuldigen. Diese Regierung dort gebar die expansionistische Kultur. Die FSLN riss die letzte Marine nieder, die die USA einsetzte, um Nicaragua zu regieren. Das können sie nicht verzeihen und das erklärt auch, was heute passiert.

Oder nach 1979. Wie antworteten die USA? Mit einem Krieg, den Präsident Reagan offen guthieß. Es war ein Blutbad. Mehr als 50.000 Tote in dieser Zeit zwischen 1979 und 1990. Dann kamen der Frieden, die Wahlen und unser Abgang auf dem Wege von Wahlen. Als wir 2007 die Regierung wieder übernahmen, begannen sie bewaffnete Gruppierungen zu formieren und diese als „Patrioten“ darzustellen, die für die Demokratie gegen die sandinistische „Diktatur“ kämpfen. Das heißt, dass sie uns als Diktatur qualifizierten, einfach nur deshalb, weil wir einen revolutionären Sieg errangen. Und als wir den auf dem Weg der Wahlen wiederholten, qualifizierten sie uns wieder als Diktatur. Auch von Florida aus qualifizieren uns diejenigen so, die ebenfalls den Krieg gegen Nicaragua förderten. Das war ein intensiver Krieg, intensiv vor allem im ländlichen Gebiet, während aller dieser Jahre.

Oder kann es sein, dass er allmählich an Stärke zunahm? Und warum jetzt?

Die Wurzeln liegen tief und auch die ständigen Versuche, die Regierung zu untergraben und dafür irgendeinen Vorwand, irgendein Gesetz, irgendeine Initiative zu suchen. Wir schafften es hier, eine Allianz mit den Übernehmern zu bilden... Sie disqualifizierten die Unternehmer, weil sie diese Allianz mit der Regierung eingingen. Sie gingen in die USA und sprachen schlecht über die Unternehmer, weil sie in normalen Beziehungen mit der Regierung stan-

den. Es ist nicht so, dass sie (die Unternehmer) unsere politischen Verbündeten sind, weil sie das nie waren, weil sie das nicht sind. Wir haben tiefe politische und ideologische Differenzen. Sie sind mehr die Opposition. Aber wir schafften es, eine gute Koordinierung aufzubauen, die das Feld der Beziehungen zwischen der Regierung und den kleinen, mittleren und großen Unternehmern war. Um Investitionen ins Land zu bringen, richteten wir eine gute, strikt legale und kommerzielle Koordinierung ein, um einen Anreiz für die kleinen, mittleren und großen Unternehmer zu schaffen, im Rahmen der Gesetze in unser Land zu investieren. Das wurde dort in den USA verteuert.

So zerbrach auf den Druck der USA das Gleichgewicht? Oder warum zerbrach es?

Es flossen Millionen von US-Dollar, Jahr für Jahr, um die Medien und die Konspiration dieser Gruppen unter dem Schutz der Nichtregierungs-Organisationen (NRO) zu versorgen, die hier in unserem Land funktionierten. Sie bestraften Nicaragua. Die erste Strafe war, dass sie uns eine Entwicklungshilfe entzogen, die sie in Mittelamerika hatten, um den kleinen Unternehmen zu helfen und die Lebensbedingungen der verarmten Menschen zu verbessern und die unter dem Namen „Renta de Reto del Milenio“ bekannt war. Sie strichen uns diese Rente, sie sanktionierten uns. Das war die erste Sanktion, die uns die USA auferlegten.

Dann kamen die Initiativen aus den USA, von der Gruppe aus Florida, die an den Kongress der USA verwiesen wurden, einschließlich der Gesetzentwurf, der als Nica Act bekannt ist. Dieses Gesetz liegt dem Präsidenten vor, damit er es unterschreibt. Es sieht vor, alle Darlehen, alle Finanzierungen zu blockieren, die nach Nicaragua über die multilateralen Körperschaften, die internationalen Körperschaften fließen können, sei es die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder die Interamerikanische Entwicklungsbank. Dieses Gesetz liegt dort vor, angeschoben von diesen Gruppen.

Dann kam das sagenhafte Gesetz, das sie erstmalig in Russland anwenden, das Magnitsky-Gesetz. Die Gefahr bestand darin, dass dieses Gesetz auch gegen diejenigen angewendet werden kann, die mit der sandinistischen Regierung verbunden sind. Das heißt, sie begannen einfach erneut eine Regierung anzugreifen, die immer gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten suchte. Wir suchen immer gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Sie antworteten aber mit Aggression. Wenn sich jemand ihnen nicht unterordnet, wenn sich jemand nicht vor ihnen beugt, dann kommen sie mit Aggression. Das sind die Vorläufer und so organisieren sie das.

Als sich mit dem Feuer im Reservat „Indio Maíz“ eine Situation im südliche Teil der Karibikküste bot, da begannen sie, eine Kampagne anzuheizen. Klar, das war ein sehr sensibles Thema, sowohl lokal, aber vor allem auf der Weltbühne. In den globalen Netzen traten dann diejenigen auf, die immer gegen revolutionäre, fortschrittliche und Unabhängigkeitsprozesse sind. Das war eine sehr heftige Kampagne... mit Demonstrationen. Aber das Feuer ging etwas zurück. Man dachte, dass es Monate andauern wird. So bestätigten das die nordamerikanischen Experten, die ins Land kamen. In den USA gibt es viele Feuer und die Experten aus den USA sagten: „Das wird lange dauern. Das wird Monate dauern.“ Wir machten uns große Sorgen. Denn von da an nahm die Konspiration zu. Aber gut, in diesem Gebiet fiel dann starker Regen und das Feuer erlosch.

Dann stellten wir ein Gesetz vor, das mit der Sozialversicherung zusammenhing. Das Gesetz war notwendig, das wusste die ganze Welt. Wir sprachen mit den Versicherten über die Notwendigkeit des Gesetzes. Wir haben es ihnen erklärt. Wir waren überzeugt, dass das Gesetz unumgänglich war. Das wussten auch die Unternehmer, das wussten die Arbeiter. Als wir das Gesetz vorstellten, kam es erneut zum Protest. Zunächst war es ein normaler Protest; etwas Geschrei, ein paar Steine flogen. Dann kam die Polizei und die Proteste beruhigten sich. Am folgenden Abend begannen bewaffnete Banden, die Polizeiposten, die Rathäuser und die Büros der FSLN anzugreifen. Das heißt, es begann eine Welle der bewaffneten Angriffe und es gab Tote im ganzen Land.

Verzeihung, ich wollte Sie gerade zu diesem Punkt fragen. Warum gibt es sowohl in den Schilderungen als auch in den Zahlen Unterschiede? Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) sprach von 317, die Nicaraguanische Menschenrechtskommission (ANPDH) von 448 und Sie von 198. Ohne ins Detail zu diesen Zahlen zu gehen, wieviel es nun tatsächlich sind, würden wir gern wissen, wie der Ablauf der Untersuchungen gewährleistet wird, welcher Art die Ursachen sind und wie dieser Rechtsprozess gerade abläuft, um zu sehen, wie jeder einzelne Fall behandelt wurde, wer die Schuldigen sind und was überhaupt geschah. Wie werden Sie das gewährleisten?

Gut, es gibt Gesetzesverfahren. Bei den Untersuchungen wird jemand mit dem Grund gesucht und gefunden, um den Prozess zu eröffnen. Es werden alle formalen Normen angewendet, die der Staat hat. Sie funktionieren hier.

Zu den Zahlen, zu denen Sie fragten. Können Sie sagen, dass in diesen 90 Tagen keine gemeinen Verbrechen begangen wurden? Nicaragua hat einen hohen Sicherheitsindex. Aber jetzt gibt es eine Kennziffer der Sterblichkeit

durch gemeine Verbrechen: Überfälle, Raubzüge, Frauenmorde, jeden Typ des Verbrechens. Diejenigen, die diese Statistiken der 300 und 400 machen, als ob sie die Verbrechen verschwinden lassen wollen, schreiben diese Verbrechen und alle Toten den Auseinandersetzungen zu, die sie selbst provozierten.

Ich möchte zu einem Punkt kommen, der mir ein zentraler zu sein scheint: die Jugend? Es gibt auch einen Streit darüber, ob es Studenten waren oder Vandalen. Sie (die Jugendlichen) sagen, dass sie keine Vandalen, sondern Studenten sind. Ich verstehe, dass das auch mit den NRO zusammenhängt, die aus dem Ausland finanziert werden. Wie war diese Sache? Warum glauben Sie, dass die Jugend oder die Studenten unzuverlässig sind, wenn sie das Training oder die Formierung seitens der NRO wollen?

Die nicaraguanische Jugend... Ein großer Teil der nicaraguanischen Jugend ist sandinistisch. Ein anderer Teil der nicaraguanischen Jugend ist nicht sandinistisch. Er kommt aus oppositionellen Familien oder oppositionellen Organisationen, aus NRO. Die NRO haben daran gearbeitet, Frauen und Jugendliche zu organisieren, die bestimmte Forderungen haben... Für diese Forderungen wurden Fonds eingerichtet, die für die politische Förderung anderer nicht liberaler Parteien umgeleitet und genutzt werden. Der Liberalismus hat seine eigenen Finanzierungsquellen...

Die Botschaft der USA organisiert Seminare. Sie sagt, um „die Demokratie zu stärken, weil in Nicaragua die Demokratie fehlt, weil Nicaragua ein Staat ist, in dem die Gesetze nicht respektiert werden“. Sie organisiert Studienreisen in die USA. Sie organisiert Jugendliche, die sie dann ausbilden. Und es gibt auch einen Austausch von Oppositionsgruppen aus Venezuela. Es gibt da Beziehungen und Verbindungen über die sozialen Netze, um die Kräfte zu vermehren, die gegen die revolutionäre Regierung Venezuelas sind und aus Nicaragua kommen. Oder umgekehrt, die sich gegen die Regierung Nicaraguas richten und aus Venezuela kommen. Das ist ein weitgefächertes Netz und es organisiert logischerweise Jugendliche.

Bei diesen Protesten (in Nicaragua), wie ich bereits sagte, waren die Ersten, die erschienen, ein paar Jugendliche. Die dann durch ihre Aggressivität auffielen, waren einige Herrschaften, die als Anführer von NRO bekannt sind. Eine von ihnen erschien auf einem „berühmten“ Foto. Angeblich sei sie durch einen Steinwurf am Kopf verletzt gewesen. Diese Frau war gar nicht da. Sie war längst gegangen und war in der Universität. Sie waren die Ersten, die dort im Namen der NRO und der Menschenrechtskommissionen auftraten.

Es gibt hier eine Vielzahl von Menschenrechtskommissionen. Das alles verwandelte sich global gesehen in ein Geschäft.

Sie sagten gerade: „Das war etwas Globales.“ Ich möchte, dass wir ein wenig die Landkarte öffnen. Öffnen wir ein wenig das Zoom der Welt. Denn die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), just der Ständige Rat beschloss, was man jetzt eine Arbeitsgruppe nennt, damit sie das untersucht, was in Nicaragua abließ. Wir möchten wissen: Was meinen Sie dazu?

Die OAS ist ein historisches Instrument, geschaffen von den USA. Sie hat sich genau zum Instrument der USA verwandelt, um die gesamte Region zu kontrollieren. Und noch mehr, um sie zu ihrer Begleitung zu machen oder einen Deckmantel zu haben, um zu gegebener Zeit die lateinamerikanischen Länder zu überfallen.

Ich werde nie eine dieser Invasionen vergessen, die von der OAS abgesegnet wurde: Der Überfall auf die Dominikanische Republik. Bei diesem Überfall gab es einen patriotischen General, den General Caamaño, der gegen die Invasion auftrat. Dort war die OAS diejenige, die logischerweise auf Initiative der USA, die Invasion beschloss.

Und was werden Sie dieser Arbeitsgruppe antworten?

Wir haben nichts, was wir beantworten müssten. Sie (die Arbeitsgruppe der OAS) muss ganz einfach Nicaragua respektieren. Wir sind nicht dazu da, um der Arbeitsgruppe zu antworten. Sie (die Mitglieder der Arbeitsgruppe der OAS, die sich aus abgewählten Präsidenten rechter lateinamerikanischer Regierungen zusammensetzt) müssen ihren Völkern antworten. Die Regierungen ihrer Länder haben mehr Probleme, als die, wegen derer sie sich in die Angelegenheiten unseres Landes einmischen.

Sie werden diese Arbeitsgruppe nicht empfangen?

Nein... das macht keinen Sinn!

Sprechen wir von denjenigen, die einbezogen waren, davon, wie das historisch gewesen war. Welche historischen Wurzeln hatte das, was geschah? Die Frage ist: Was glauben Sie, warum sich das entzündete, das heißt, wie funktionierte diese Operation oder dieser Putschversuch? Wie konnte es sein, dass er geschah? Warum jetzt, wenn es eine gewisse Unsicherheit gab, weshalb das geschah?

Gut. Hier und auch in den USA sind die Rechtskräfte durch die Tatsache sehr besorgt, dass es dem Sandinismus gelang, 2007 wieder an die Regierung zu kommen und voranzuschreiten. Er konsolidierte sich wieder, errang Ergebnisse. Er wurde zu einem Beispiel! Wir waren ein Land mit beneidenswerten wirtschaftlichem Wachstum, trotz der extremen Armut; ein Land mit hoher Sicherheit; ein Land mit sozialen Programmen mit großer Wirkung; ein Land mit der Entwicklung der Infrastruktur, der Straßen etc... Es gab einige Beziehungen mit den Unternehmern, es gab den Dialog mit den Unternehmern, die keine Sandinisten waren... Es gab den Dialog!

Das alles schuf jedes Mal gute Bedingungen, um die Regierung noch mehr zu stärken. In den letzten Umfragen (vor dem 18. April) hatte die Regierung eine Unterstützung von mehr als 70 Prozent der Bevölkerung. Das heißt, dass die gleiche Bevölkerung, die sich mit der FSLN identifizierte, die Projekte, die sie entwickelt hat, anerkannte, denn die FSLN gab den Menschen die Möglichkeiten auf Arbeit, Bildung, medizinische Betreuung. Die FSLN sorgte für Krankenhäuser für alle, für Straßen und Wohnungen... Die FSLN hatte Programme aller Art, um die Bevölkerung von der extremen Armut zu befreien, in der sie seit Jahrhunderten lebte.

Wie sprachen bereits über die Regierungszeit, über die zehn Jahre. Wir sind in die dritte Legislaturperiode eingetreten, in einen Prozess, in dem sie sich konsolidierte und stärkte. Für sie (die Gegner) war es unannehmbar, uns in Ruhe zu lassen. Zuerst beschlossen sie zu versuchen, die Verständigung zwischen der Regierung und den Unternehmern zu zerschlagen. Diese Verständigung spielte eine Schlüsselrolle in unserer Entwicklung. Wie? Sie versetzten die Unternehmer mit diesem Magnitsky-Gesetz, das sie zum ersten Mal gegen Russland anwendeten, in Angst und Schrecken.

Die Drohung mit dem Gesetz verbreitete aus rein praktischen Erwägungen heraus natürlich Unruhe unter den Unternehmern, genauer unter einem Teil der Unternehmer. Aber politisch gesehen sind sie Krieger gegen uns. Sie suchten nach Möglichkeiten, wie sie noch kriegerischer gegen unsere Regierung auftreten und die politische Macht übernehmen können. Und wie? Durch eine Abnutzung, durch eine Schwächung der Regierung. Sie wollten eine Wahloption bei den nächsten Wahlen werden. Sie sind davon überzeugt, dass die USA keine sandinistische Regierung an der Macht wollen.

Ich möchte Ihnen eine letzte Frage stellen, um abzuschließen. Denn es wurde genug aufgedeckt von dem, was tatsächlich geschah. Ich verstehe, dass es Leute gibt, die vom Gegenteil überzeugt sind, die weiterhin behaupten, dass sie unterdrückt wurden. Es gibt Leute, die vielleicht ehrlich denken, dass das, was geschah anders war.

Und vielleicht gibt es Leute, die an Sie glauben und die möglicherweise Zweifel in das haben, was sie aus den Medien konsumiert haben. Die Frage ist: Was werden Sie tun, damit diejenigen, die Zweifel hatten, wieder von Ihnen überzeugt sind, dass Sie Ihnen und der Regierung erneut das Vertrauen schenken?

Denjenigen, die Zweifel hatten, und sogar denjenigen, die uns ablehnten und ablehnen, die sich für die Straßensperren und die Blockade begeisterten, denn das Land war total blockiert, und die an einem bestimmten Zeitpunkt sich begeisterten, sagten die von der Opposition: „Die Regierung ist gefallen.“ Sie wären zufrieden gewesen, denn für sie war die Regierung gefallen und sie hätten wieder die Regierung einnehmen können. Als Wochen, ein Monat, zwei Monate vergangen waren und als sie blockierten, weil sie selbstverständlich „friedlich für die Demokratie“ kämpften, als die Leute ihre Häuser, ihre Wohnviertel und Gemeinden nicht verlassen konnten, als sie die Waren der Bauern nicht kaufen konnten, egal ob von sandinistischen oder liberalen Bauern, war das die beste Probe, die sie hatten. Und das erklärte ihre Freude, als wir letztendlich beschlossen, die Polizei loszuschicken, damit sie wieder Ruhe und Frieden herstellt und die Straßensperren wegräumt.

Die Menschen empfingen die Polizei mit Freude. Warum? Weil sie in ihren wirtschaftlichen, Handels- und kulturellen Tätigkeiten total terrorisiert und gelähmt waren. Sie hatten die Verbrechen, die verübt worden waren, gesehen... Warum noch? Weil es stimmt, dass die Medien eine wilde Kampagne gegen uns führten. Ihre Netze haben die Kraft, sagen wir, den Menschen etwas vorzuspielen und die Menschen sehen das. Diejenigen, die diese Verbrechen verübten, filmten, als sie folterten. Sie filmten Menschen, die sie folterten und stellten das als Heldentat in die Netze.

Sie folterten, mordeten und verbrannten einen sandinistischen Compañero, der einen Bruder hatte, der im Krieg gegen die Contras fiel. Seine Mutter, eine Heldin, wurde zu Zeiten Somozas gefoltert. Sie entführten den Compañero und begannen, ihn zu foltern und in Brand zu stecken. Dabei tanzten sie um ihn herum. Diese Szene erschien bei *ISIS*. Ich glaube, dass diese Szene die Ansichten über das Geschehene etwas beeinflusste, denn die Netze zirkulieren weltweit. Da konnte die Bevölkerung sehen und sie konnte die Geschichte, die ihr einerseits geboten wurde, mit dem vergleichen, was sie wirklich erlebten während dieser Monate.

Vielen Dank für die Zeit, die Sie uns für das Interview gaben. Vielen Dank dafür, dass Sie erneut RT ausgewählt haben.

Nicaragua: Wer unterstützt wen?

Von Wolfgang Herrmann

Am 3. August 2018 veröffentlichte die sozialistische Tageszeitung *Neues Deutschland* den Beitrag „Eine zivile Alternative unterstützen“ von Gaby Gottwald, LINKE-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus.

Dort behauptet sie:

„In Nicaragua revoltieren große Teile der Bevölkerung gegen die Regierung. Geplante soziale Einschnitte bei der Rentenversicherung waren der Anlass der Explosion. Präsident Daniel Ortega antwortete mit Gewalt. Die Polizei wird als militanter Stoßtrupp gegen die Bevölkerung eingesetzt. Paramilitärs und gekaufte Schläger führen ‚Säuberungen‘ durch. Es gibt mehr als 350 Tote und Fälle von Folter und Verschwundenen. Die Regierung spricht vom Kampf gegen Terroristen. Menschenrechtsgruppen sprechen von schwersten Verletzungen gegen die Menschenrechte. Das Regime hat mit dem sandinistischen Erbe gebrochen.“

Die gleichen Behauptungen finden wir beim Leib- und Magenblatt der Oligarchie Nicaraguas *La Prensa*. Sie wurden nun zum Nicaraguabild einer vom bürgerlichen Staat der Bundesrepublik Deutschland bezahlten Abgeordneten der DIE LINKE. Es lebt sich gut in der satten Bundesrepublik. Kommt Frau Gottwald auf den Gedanken, dass diese Satttheit gerade daher stammt, dass Milliarden Menschen in Not und Elend leben, Opfer von imperialen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen sind? Dann würde es auch passen, dass sie eine linke Partei in Lateinamerika bezichtigt, mit diesem Imperialismus gemeinsame Sache zu machen.

Die geplanten „Einschnitte“ betrafen nicht nur die Rentenversicherung. Sie betrafen das gesamte Sozialversicherungssystem. Wäre die sandinistische Regierung den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) gefolgt, dann wäre die Reform eine á la Griechenland geworden. Möglich, dass Frau Gottwald eine solche Reform begrüßt hätte. Die sandinistische Regierung folgte nicht den Empfehlungen des IWF. Sie wollte die Versicherungsbeiträge der Arbeitnehmer leicht und die Beiträge der Arbeitgeber stark anheben. Sie wollte das Renteneintrittsalter nicht hochsetzen und den Kriegsversehrten nicht die Unterstützung streichen, wie es der IWF empfahl.

Nicht große Teile der Bevölkerung revoltierten gegen die Regierung. Aus Miami bezahlte, von Washington und der nicaraguanischen Oligarchie unterstützte Stoßtruppen verbreiteten Terror im Land. Wer errichtete die „tranques“, die Barrikaden? Die „friedlichen“ Protestler? Oder gehörten sie

zu den „Säuberungen“ durch die „Paramilitärs“? Die Mehrzahl der zu beklagenden Toten und Verletzten sind Polizisten und Sandinisten. Häuser von sandinistischen Familien gingen in Flammen auf. Gebäude von Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Büros der FSLN und von sandinistischen Organisationen wurden verwüstet. Polizisten, Lehrer, Sandinisten wurden von den Banden entführt, gefoltert und ermordet. In einem Fall sah sogar ein katholischer Priester dabei zu. Waren das die „Paramilitärs“ der Ortega-Regierung? Zurecht spricht die sandinistische Regierung von Terror. Frau Gottwald aber glaubt an die einseitigen Berichte der vom USAID finanzierten Menschenrechtsorganisationen. Die Bilder, die um die Welt gingen, zeigten weniger eine wegen sozialer Einschnitte revoltierende Bevölkerung, sondern gewaltbereite Banden, die mit Mörsern und Flammenwerfern ausgerüstet, in den Barrios wüteten.

Frau Gottwald weiter:

„In Nicaragua wurde 1979 der Diktator Somoza durch einen Volksaufstand vertrieben. Es begann das Experiment einer sozialen Revolution, die weltweit viel Solidarität auslöste. Die historische Errungenschaft der Sandinista, mit der traditionellen Rolle der staatlichen Sicherheitsapparate gebrochen zu haben, war einzigartig in Lateinamerika. Armee und Polizei sollten kein Instrument der herrschenden Clique zur Sicherung ihrer Pfründe mehr sein, sich nie wieder gegen die Bevölkerung erheben. Mord im Staatsauftrag, Folter und Paramilitärs waren Vergangenheit. Im Vordergrund stand der Versuch, die extreme soziale Ungleichheit zu überwinden, einen Entwicklungsweg zugunsten der armen Mehrheit der Bevölkerung zu suchen. Dieser historische Verdienst der Sandinisten wird heute aufgegeben.“

Das historische Verdienst der Sandinisten (Der Verdienst, Frau Gottwald, ist die Kohle, die monatlich auf Ihr Konto fließt.) wurde eben nicht aufgegeben. Die Sandinisten kämpfen heute gegen die von Miami bezahlten sowie von Washington und der nicaraguanischen Oligarchie unterstützten Kräfte. In den 1980er Jahren waren es die Contras, diesmal waren es die Putschisten, die die Sandinisten mit Ortega an der Spitze stürzen wollten. Ortega kämpfte früher gegen Somoza und die Contras und kämpft heute gegen den Versuch, das sozialistische, christliche und solidarische Gesellschaftsmodell, das die FSLN aufbauen will, zu verhindern. Es stand und steht nicht schlechthin der Versuch, die extreme soziale Ungleichheit zu überwinden, einen Entwicklungsweg zugunsten der armen Mehrheit der Bevölkerung zu suchen, im Vordergrund. Es ist der ausgesprochene Wille der FSLN, dies zu tun.

Im Historischen Programm der FSLN definierte sich die FSLN als politisch-militärische Organisation, deren Ziel es war, die Somoza-Diktatur auf politi-

schem und militärischem Wege zu stürzen und den Nationalen Wiederaufbau des Landes zu organisieren. 1998, also in der Zeit der neoliberalen Regierungen, gab sich die FSLN ein neues Programm. Sie hatte sich verändert. 1991 gründete die ehemalige politisch-militärische Organisation FSLN die Partei FSLN. Sie tat das, weil die konservativen und liberalen Parteien die unter der FSLN 1986 entstandene Verfassung geändert hatten. Die FSLN hätte ohne Parteistatus nicht mehr bei Wahlen kandidieren können. Das neue Programm behielt die politischen Ziele der FSLN bei, veränderte aber die Wege, die dahin führen sollten. Der militärische wurde ausgeschlossen.

Frau Gottwald weiter:

„Unter Ortegas Führung greift die Staatsgewalt auf eben die Mittel zurück, die man überwunden hatte. Schon seit Jahren paktiert Präsident Ortega zum eigenen Machterhalt mit der Rechten im Land und folgt einem neoliberalen Politikmodell. Er flankiert dies über ein staatlich finanziertes Bildungs- und Gesundheitssystem und über Sozialprogramme. Über viel ‚indirekte Steuerung‘ wurde gegängelt oder gefördert und eine sich bereichernde Familiendynastie aufgebaut. Dennoch gibt es weder eine funktionierende Rechtsopposition im Land, noch eine von links, die verfängt. Man kann davon ausgehen, dass die USA sich aktiv in den Protest gegen die Regierung einbringen, wie sie es immer gemacht haben. Fest steht aber auch: die Basis der Regierung ist erodiert.“

Ortega flankiert das Bündnis mit den Rechten und das neoliberale Politikmodell über ein staatlich finanziertes Bildungs- und Gesundheitssystem und über Sozialprogramme? Hat Frau Gottwald nicht gemerkt, dass dieser Satz ein Widerspruch in sich ist? Aus welchen Quellen, wenn nicht aus staatlichen, soll denn die Ortega-Regierung das Bildungs- und Gesundheitssystem und die Sozialprogramme finanzieren? Und wie passen Rechte und neoliberale Politik mit staatlich finanzierten Bildungs- und Gesundheitssystem und Sozialprogrammen zusammen? Frau Gottwald widmet sich als Abgeordnete der Sozialpolitik. Sie müsste wissen, wie das Verhältnis von Rechten und Neoliberalen zum Bildungs- und Gesundheitssystem und zu Sozialprogrammen in einem kapitalistischen System ist. Im Verhältnis zu den Möglichkeiten, die Nicaragua im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet hat, tut die Ortega-Regierung ein vielfaches Mehr als das von Frau Gottwalds Partei mitregierte Berlin.

Was versteht Frau Gottwald unter viel „indirekter Steuerung“, über die gegängelt oder gefördert und eine sich bereichernde Familiendynastie aufgebaut wurde? Woher weiß Frau Gottwald die Sache von einer sich bereichernden Familiendynastie? Sie kann es nur von *La Prensa* oder von Leuten wissen, die mit *La Prensa* paktieren.

Welche erodierende Basis der Regierung meint Frau Gottwald? Bestimmt nicht die, die wir am 19. Juli auf den Manifestationen anlässlich des 39. Jahrestages des Sieges der Sandinistischen Revolution und am Sonntag, dem 5. August, gesehen haben. Die Bilder gingen um die Welt, zwar nicht über die Sender von *La Prensa*, aber über *TeleSur* und viele andere aus aller Welt. Wahrscheinlich erreichten sie auch nicht die Stube von Frau Gottwald. Die Bilder zeigen eindrucksvoll: Die Basis der FSLN ist nicht erodiert. Was erodierte, war das Vertrauen Ortegas und der sandinistischen Regierung in den Unternehmerverband COSEP und die Katholische Bischofskonferenz. Dass sie sich täuschen ließen, gab Daniel Ortega faktisch im Interview mit *TeleSUR* zu.

Frau Gottwald weiter:

„Nach Jahren der Solidarität mit dem sandinistischen Nicaragua, muss man heute feststellen: Dieses System kann man nicht mehr verteidigen. Es ist zu einem Gewaltsystem pervertiert, das Menschenrechte systematisch verletzt. Die Sandinisten haben 1979 Militär und Polizei neu aufgebaut und ‚zivilisiert‘, demokratische Strukturen geschaffen und mit aller Kraft gegen die USA und ihren schmutzigen Contra-Krieg verteidigt. Es war richtig, als Solidaritätsbewegung diesen historischen Prozess international zu fördern.“

Die Sandinisten haben 1979 Militär und Polizei nicht einfach neu aufgebaut. Sie haben den Militär- und Polizeiapparat des Somoza-Regimes zerschlagen und an seine Stelle die militärischen Strukturen der FSLN gesetzt. Aus ihnen gingen die Polizei, die Sicherheitskräfte und die Armee hervor. Die Polizei und die Sicherheitskräfte sorgten damals hauptsächlich für Ruhe und Ordnung im Lande. Die Armee kämpfte gegen die Contras. Sie wurde mit Beginn des Contrakrieges mittels Rekrutierung aufgefüllt. Die Rekrutierung war ein schmerzlicher Prozess, der den Sandinisten Vertrauen in Teilen der Bevölkerung, vor allem unter den Müttern, kostete.

Ich weiß nicht, welche demokratischen Strukturen, die von den Sandinisten geschaffen wurden, Frau Gottwald meint. Von 1979/80 regierten eine Junta und danach bis 1984 ein Staatsrat das Land. Sie wurden nicht gewählt. Die Sandinisten hielten 1984 Wahlen ab, die sie gewannen. Damit gab es nach 1979 wieder eine Nationalversammlung und seit Ewigkeiten wieder einen gewählten Präsidenten. 1986 erhielt das Land auf Initiative der FSLN eine neue Verfassung, in der die drei Hauptsäulen der Verfasstheit des Landes – politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit – postuliert wurden. Das Oberkommando behielt aber die Nationalleitung der FSLN. Auch sie und ihr Beratungsorgan, die *Asamblea Sandinista*, wurden nicht gewählt.

In den letzten Monaten tobte in Nicaragua der Terror, bewaffnet! Es muss erlaubt sein, dass sich ein demokratisch gewählter Präsident und seine Regierung dagegen wehren dürfen. Die Ortega-Regierung hat die Armee nicht gegen die Bevölkerung eingesetzt. Sie stützte sich bei der Niederschlagung des Putsches auf die Polizei und Sicherheitskräfte.

Frau Gottwald schließt:

„Heute – fast vierzig Jahre später – können wir eine Unterstützung der Regierung nicht mehr verantworten. Aus dem gleichen Grund, warum wir damals solidarisch mit den Sandinisten waren, müssen wir heute auf den Stopp der Gewalt drängen. Ortega muss gehen, denn es gibt keine Verlaufsform mit ihm, die frei von staatlicher Repression ist. Es wird wahrscheinlich keine linke Alternative sein, aber es soll eine zivile geben. Die Sandinisten selbst haben den Grundstein dafür gelegt, dass staatliche Gewaltherrschaft durch gewählte Institutionen ersetzt wird – eine Errungenschaft, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.“

Damals wendeten die Sandinisten Gewalt an, um die Revolution gegen die Contras zu verteidigen. Zurzeit wendet sie Gewalt an, um die Revolution gegen die Putschisten zu verteidigen. Also aus dem gleichen Grund. Was ist denn nun der gleiche Grund, aus dem heraus Frau Gottwald und ihre Nicaragua-Solidarität auf ein Stopp der Gewalt drängen?

Ortega muss gehen? Welche Vorstellungen von einer Sozialversicherungsreform in Nicaragua hätte denn Frau Gottwald, wenn statt Ortega jemand der Zivilgesellschaft Präsident würde? Dann würde es tatsächlich neoliberal zugehen: Griechisches Modell!

Die von staatlicher Repression freien Verlaufsformen konnten die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger im von der Partei der Frau Gottwald mitregierten Berlin beobachten und kennenlernen. Stichworte: Neukölln, Rigaer Straße. Die dort aufmuckten und die bundesdeutsche Repression zu spüren bekamen, waren Unschuldslämmer im Vergleich zu jenen, die den Terror in Nicaragua verbreiteten. Die Leute aus der Rigaer Straße hatten keine Logistik im Ausland, sie bekamen keine US-Dollar und sie stellten keine Gefahr für die bundesdeutsche Regierung dar.

Nach Frau Gottwalds Worten wird auf Ortega wahrscheinlich keine linke Alternative folgen, aber es soll eine zivile geben. Wer oder was soll diese zivile Alternative sein? Am Dialogtisch formierte sich eine zivile Gesellschaft. Heute nennt sie sich „Zivile Allianz“. Dort versammelten sich die Vertreter der rechten Opposition, der reaktionärsten politischen Organisationen „Bür-

ger für die Freiheit“ (CxL) und der selbsternannten Sandinistischen Erneuerer (FAD-MRS), die Studenten der Privatuniversitäten und der Katholischen Universität sowie die Unternehmerverbände. Die fünf Bischöfe der Bischofskonferenz, die den Dialog moderieren sollten, schlugen sich auf die Seite dieser rechten Zivilallianz. Möchte Frau Gottwald, dass wir diese ultrareaktionäre Truppe unterstützen?

Niemals! Auch lasse ich mir Solidarität nicht verordnen und schließe mich der Solidarität mit Nicaragua an, wie die von Kuba und Venezuela, vom Forum von Sao Paulo, von den Mitgliedsstaaten der ALBA, von den Bewegungen aus Costa Rica und Panama, vom Treffen der kommunistischen Parteien in Moskau, vom Weltbund der Jugend und Studenten, vom Treffen der Vertreter der lateinamerikanischen Solidarität in London und von vielen anderen aus aller Welt geübte.

Weder Frau Gottwald, noch irgend ein anderer in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union, in den USA oder in den rechtsregierten Ländern Lateinamerikas bestimmen, wann und wie Ortega geht. Das bestimmt ganz allein das nicaraguanische Volk bei den nächsten, verfassungsmäßig vereinbarten Wahlen. Und die sind 2021. Dann wird sich entscheiden, wen das Volk will, die FSLN und ihren Präsidentschaftskandidaten oder die „Zivile Allianz“, die noch keine Person gefunden hat, die das Präsidentenamt haben will, wie sich auf der Veranstaltung im „vom Sandinismus freien“ Masaya zeigte, als die Präsidentschaftsschärpe wie eine Marktware feilgeboten wurde. Oder will Frau Gottwald den Bürgerkrieg und den Einmarsch von Söldnertruppen in Nicaragua? Solch ein Szenarium hatten sich die „Strategen“ der „Zivilen Allianz“ schreiben lassen.

Nicaragua ist nach Kuba und Venezuela die nächste Station der Offensive der rechten Kräfte Lateinamerikas und der reaktionärsten Kreise der USA geworden, weil seine sandinistische Regierung genau das bekämpft, was Frau Gottwald ihr und dem Präsidenten Daniel Ortega vorwirft.

Der Apriltanz

Jeremy Cerna, Poet und sandinistischer Aktivist aus Nicaragua, am 19. Juli auf der Veranstaltung der nicaraguanischen Botschaft zum 39. Jahrestag des Sieges der Sandinistischen Revolution im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin



Foto: Eigenes Archiv

Seit die Medienkampagne gegen die FSLN am 18. April 2018 begann, wurden immer wieder bestimmte Begriffe teils wahllos verwendet. Das muss im Kontext des „weichen“ Putschversuches, den Nicaragua aktuell erlebt, gesehen werden. Das Ziel war, die emotionale positive oder negative Bedeutung der Begriffe für die eigenen Ziele zu nutzen.

Worte wie Bevölkerung, Selbstorganisation, Revolution und Völkermord bringen bestimmte Konnotationen und eine emotionale Bedeutung mit sich – und diese Worte wurden immer wieder benutzt, ohne dass sie auf den Kontext passten. Im Folgenden werde ich auf die Bedeutung und Verwendung dieser Begriffe im aktuellen Kontext in Nicaragua eingehen.

Das erste Wort ist „**Pueblo**“. Dieses Wort bedeutet so viel wie Bevölkerung oder Volk. Im aktuellen Kontext wird viel von „Pueblo“ gesprochen; die Regierungsgegner sagen immer wieder, dass sie für die gesamte Bevölkerung sprechen würden. Sie sagen, dass das Volk, den Rücktritt Daniel Ortegas fordere. Die oppositionellen nicaraguanischen und viele internationale Medien reproduzieren dies. Doch wenn man von der Bevölkerung spricht, muss man auch sagen, welcher Bevölkerungssektor oder welcher Anteil der Bevölkerung gemeint ist.

Daher muss hinterfragt werden: Welche Gruppen oder Interessen repräsentieren die Regierungsgegner? Das ist natürlich schwierig zu sagen, aber wir können gucken, welche Gruppen diese Allianz bilden: Im nationalen Dialog sitzen folgende Gruppen zusammen an einem Tisch: hier sitzen die großen Firmen (der COSEP und AMCHAM), große Landbesitzer (UPANIC), einige Nichtregierungsorganisationen (diese nennen sich selber Zivilgesellschaft, sie repräsentieren aber einen sehr großen Teil der sozialen Organisationen überhaupt nicht) und die „autoconvocados“ – das sind die Anführer der so-

genannten Studentenbewegung M19, von der völlig unklar ist, wen sie repräsentiert. Außerdem werden diese Gruppen aktiv von Priestern der katholischen Kirche unterstützt. Bei den Regierungsgegnern handelt es sich also um eine kleine elitäre Gruppe aus Wirtschaft, Medien und katholischer Kirche, zusammen mit der selbsternannten Studentenbewegung M19.

Gleichzeitig unterstützen sehr viele Gruppen die Regierungsgegner nicht. Hier nur einige Beispiele: Keine einzige Gewerkschaft unterstützt diese Opposition. Auch die Coordinadora Social, der Zusammenschluss lokaler sozialer Bewegungen, unterstützt die Opposition nicht. Die UNEN, die gewählten Vertreter und Vertreterinnen der Studenten, sind nicht Teil der Regierungsgegner. Auch der größte Teil der Wirtschaftsverbände, die kleinen und mittleren Unternehmen (MIPYME, CANATUR), der informelle Sektor und Kooperativen, unterstützten die Proteste nicht. Es ist daher also eine Annahme, dass die Opposition für die Bevölkerung als Ganze spricht.

Der zweite Begriff, der immer und immer wieder benutzt wird, ist „**autoconvocados**“. „Auto“ bedeutet selber oder selbst. „Convocados“ bedeutet so etwas wie einberufen. Also bedeutet der Begriff so etwas wie „selbst einberufen“. Vielleicht können wir es auch mit „selbst organisiert“ übersetzen. Dieser Begriff fungiert als Synonym für Spontaneität. Er vermittelt den Eindruck, als ob die Teilnehmer ganz von alleine alle gleichzeitig spontan zusammenkommen. Dies ist in Nicaragua aber nicht der Fall; es handelt sich um gut organisierte Gruppen, die nicht einfach spontan handeln. Es ist kein Zufall, dass es im ganzen Land zum gleichen Zeitpunkt perfekt koordinierte, gleiche Aktionen gab – so wurden von einem Tag auf den anderen im ganzen Land Straßenbarrikaden errichtet, die von schwer bewaffneten Gruppen kontrolliert wurden.

Der Begriff „auto convocados“ wird trotzdem immer wieder benutzt – besonders um die sogenannte Studentenbewegung M19 zu beschreiben. Diese sagen, dass sie keine Anführer hätten; Sie haben aber eine kleine Gruppe von Anführern in den nationalen Dialog geschickt; und dies sind immer dieselben Personen. Sie verhandeln, rufen zu Straßenblockaden und anderen Aktionen auf und sagen, dass sie für die Bevölkerung sprechen. Also haben sie Anführer – und ich spreche von Anführern in der männlichen Form, weil es so gut wie immer Männer sind, die für die M19 sprechen. Ich sage das, weil sie sich in Europa als feministische Revolution verkaufen. Aber wieder zurück zum Thema: Warum nennen sie sich „autoconvocados“, wenn sie klar organisiert sind und feste Anführer haben? Die Antwort ist einfach: wenn ein Mensch verletzt wird oder stirbt, egal von welcher Seite, sagen sie, der

oder die Tote sei ein Mitglied der Bewegung gewesen. Wenn aber ihre Anhänger Verbrechen oder terroristische Taten begehen, dann sagen sie es wären Kriminelle gewesen, die nichts mit der Bewegung zu tun haben.

Nun kommen wir zu einem weiteren Begriff: Bereits am ersten Tag des nationalen Dialogs hat einer der anwesenden Priester festgestellt, dass aktuell in Nicaragua eine **friedliche Revolution** stattfinden würde. Diese Beschreibung enthält zwei strittige Affirmationen, die immer wieder verwendet werden. Sowohl in oppositionellen nationalen als auch in internationalen Medien wird immer hervorgehoben, dass es sich um eine friedliche Opposition handeln würde. Dies ist glaube ich die größte Lüge von allen. Es gibt eine Vielzahl von Bildern schwer bewaffneter oppositioneller Gruppen; sie benutzen Molotovcocktails, Morteros und selbstgebastelte Bomben. Sie nutzen auch professionelle Pistolen und Gewehre.

Ich frage: Womit haben die „friedlichen“ Protestierenden die Polizisten in Masaya einen Monat in ihrer Polizeistation gefangen gehalten? Oder ein anderes Beispiel: In Carazo haben Regierungsgegner zwei Tanklaster voller Benzin entführt – diese haben sie mitten in die Stadt Jinotepe gestellt und beschossen. Sie haben damit gedroht, sie zu explodieren. Mitten in der Stadt. Das ist kein friedlicher Protest, das ist Terrorismus. Die Putschisten haben wochenlang Straßensperren errichtet und keine Krankenwagen durchgelassen, Nahrungsmittel sind nicht mehr in Städte gekommen, Menschen konnten nicht zu ihrer Arbeit gehen. Auch wurden im Namen der Demonstrationstfreiheit staatliche Gebäude, z.B. Rathäuser, Krankenhäuser oder Kindergärten, angezündet. Auch handelt es sich nicht um einen demokratischen Protest. Denn andere Meinungen werden nicht toleriert. Tatsächlich werden Mitglieder der FSLN diffamiert, angegriffen, gefoltert und ermordet, weil sie anders denken als die Putschisten. In einigen Dörfern und Städten wurden sogar die Häuser von Sandinisten markiert – und danach angegriffen.

Nun kommen wir zum Begriff Revolution. Immer wieder wird gesagt, dass die Regierungsgegner eine Revolution machen. Sie haben aber gar kein Programm. Sie sagen nur: Daniel Ortega muss weg. Das ist kein Programm, das ist der Versuch eines Regime Change. Die Regierungsgegner benutzen die Erinnerung an die Sandinistische Revolution und die Symbole verschiedener linker Bewegungen für ihre eigenen Zwecke: zum Beispiel haben die Proteste am 18. April begonnen – sie nennen sich aber Movimiento 19 de abril, also Bewegung des 19. April. Warum? Sie wollen an den Revolutionsfeiertag, den 19. Juli, anknüpfen. Auch gab es in Kolumbien eine linke Guerillabewegung, die Movimiento 19 de abril hieß. Sie wollen sich also als linke

Revolutionäre verkaufen. Sie besuchen aber gleichzeitig rechte Republikaner in den USA (z.B. Ted Cruz und Iliana Ros-Lehtinen) und reisen nach El Salvador und bitten die rechte Partei ARENA um Unterstützung. Einige Teile der europäischen Linken glauben immer noch ihr Märchen von einer linken Revolution; die sogenannte Studentenbewegung M19 hat aber keine Beziehungen zu linken lateinamerikanischen Gruppen aufbauen können.

Zuletzt möchte ich mich einigen Begriffen zuwenden, mit denen die Regierung delegitimiert werden soll. Zuerst möchte ich über den Begriff „**operación limpieza**“ sprechen. Dieser Begriff zeigt, wie mit der Erinnerung an die Sandinistische Revolution gespielt wird. „Operación limpieza“ bedeutet so viel wie Operation Reinigung - und bezeichnet die Verfolgung von Jugendlichen und FSLN-Anhängern unter dem Diktator Somoza in Nicaragua; d.h. der Begriff bezeichnet, wie Zivilisten systematisch von der Nationalgarde Somozas getötet wurden. Heute schreiben alle großen oppositionellen Zeitungen in Nicaragua ebenfalls von der „operación limpieza“ – immer dann, wenn eine Straßensperre weggeräumt wird, wenn also die Pflastersteine wieder an ihren Platz gebracht werden. Es wird derselbe Begriff benutzt: Eigentlich bezeichnet er die schrecklichen Taten von Somoza – und jetzt wird er für eine völlig andere Handlung in einem völlig anderen Kontext benutzt. Warum? Die emotionale Bedeutung des Wortes wird benutzt, um die Regierung der FSLN zu delegitimieren.

Zuletzt möchte ich über den Begriff „**genocidio**“, also Völkermord, sprechen. Die Regierungsgegner sprechen immer wieder von dem Genozid, der gerade in Nicaragua stattfinden würde. Dies ist kein Einzelfall, sondern das Wort wird systematisch verwendet. In allen großen oppositionellen Zeitungen und in den sozialen Netzwerken findet sich dies. Selbst die Präsidentin der Akademie der Wissenschaften in Nicaragua, María Luisa Acosta, sprach bereits Mitte Mai von den Opfern des Völkermordes in Nicaragua. Dass es sich hier um eine absurde Verwendung des Begriffs handelt, ist mehr als deutlich. Die Verwendung des Wortes dient dazu, einen Medienzirkus zu schaffen; es geht darum der Bevölkerung Angst zu machen, damit sie denken, dass die Regierung der Aggressor ist.

Um noch einmal kurz zusammenzufassen: Die Regierungsgegner repräsentieren eine kleine und elitäre Gruppe – sie haben kein Recht, für die Bevölkerung als Ganzes zu sprechen. Es stimmt nicht, dass sich die Bevölkerung gegen die Regierung erhoben hätte. Auch sind die Gruppen nicht „autoconvocados“, also selbstberufen – denn sie haben Anführer und benutzen das Wort „autoconvocados“ strategisch, um keine Verantwortung für ihre terro-

ristischen und kriminellen Handlungen übernehmen zu müssen. Auch handelt es sich nicht um eine friedliche Revolution in Nicaragua, da die Putschisten kaum Unterstützung in der Bevölkerung haben und auch kein Programm haben; insbesondere haben sie kein linkes Programm; außerdem sind sie nicht friedlich, denn sie setzen Terror, Vandalismus und Gewalt ein, um ihre Ziele durchzusetzen. Die einzige gegenwärtige Revolution ist die Sandinistische Revolution von 1979. Die Erinnerung an diese Revolution wird von den Putschisten für ihre eigenen Zwecke missbraucht. Schließlich versuchen die oppositionellen nationalen und internationalen Medien auf alle erdenkliche und absurde Weise die Regierung zu delegitimieren – zum Beispiel durch die Verwendung des Wortes Genozid, das nicht in den Kontext passt.

Es ist wichtig zu bemerken, dass diese Begriffe verwendet wurden, um die nicaraguanische Regierung unter dem Vorsitz von Daniel Ortega zu diskreditieren. Mit den beschriebenen Begriffen sollte Chaos produziert werden – aber die anfängliche Verwirrung wird langsam aufgeklärt.

Inhalt:

Position beziehen	1
Interview Daniel Ortega mit Telekanal <i>Russia Today</i>	2
Nicaragua: Wer unterstützt wen?	10
Der Apriltanz	16

Redaktionsschluss: 25. August 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de